

Berner Justiz

Autor(en): **Büchi, Werner**

Objektyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **113 (1987)**

Heft 41

PDF erstellt am: **09.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erwin A. Sautter

Warum denn so staatsverdrossen?

Berner Regierungsräte müssen nun doch nicht vor den Richter: Die Untersuchungsbehörden haben das Strafverfahren wegen Verdachts auf missbräuchliche Verwendung von Lotteriegeldern eingestellt. Wegen «fahrlässigen Verhaltens» sollen die Magistraten jedoch die Untersuchungskosten tragen.



Berner Justiz

«Tüet ne nid wecke – mir hei ne müed gmacht!»

Einfälle und Ausfälle

Von Hans Derendinger

- Wir bestellen wieder einmal unser Parlament. Und darin sitzen dann diejenigen, welche wir nicht bestellt haben.
- Es fehlt nicht an Auswahl, aber man hat fast keine Wahl.
- Marktforscher finden heraus, in welcher Verpackung sich eine Ware am besten verkauft, sei es ein Waschpulver, sei es Politik.
- Auf die Parolen könnt ihr euch verlassen, nicht aber auf jene, die sie ausgegeben haben.
- Mit ihrem «Leistungsausweis» belegen die Kandidaten, was sie können. Wir aber möchten vor allem wissen, was sie wollen.
- Wählt diejenigen, welche ohne Aussicht kandidieren: Sie werden euch nie enttäuschen!

Der ständerätliche Streit um die Restwassermengen in unseren Gebirgsbächen hat wenigstens wieder einmal Licht in die politische Verfilzung unserer eidgenössischen Räte gebracht. Wer allerdings den Bestseller «Wer regiert die Schweiz?» von Hans Tschäni (Serie Piper, Band 508) in stillen Stunden gelesen hat, blieb gelassen. Was der Beobachter Tschäni in seiner «kritischen Untersuchung über den Einfluss von Lobby und Verbänden in der schweizerischen Demokratie» darlegte, wurde einmal mehr dem Volk vorexerziert. «Fast alle Ständeräte, welche sich heftig gegen die Vorlage engagierten, sitzen in Verwaltungsräten von Elektrizitätsgesellschaften», stellt der *Tages-Anzeiger* fest. Redaktor Peter Baumgartner ging noch einen Schritt weiter und kam in der gleichen Zeitung zum traurigen Schluss, dass der Auftrag zum Schutz der Gewässer vom Ständerat mehrheitlich nicht verstanden werde: «Das fördert Staatsverdrossenheit.»

Staatsverdrossenheit? Hatten wir nicht im Frühling von diesem Phänomen gelesen, das es zu bekämpfen gelte? Da hatte doch der Verein Zürcherischer Gemeindeschreiber und Verwaltungsbeamter (VZGV) mit dem kantonalen Verband der Gemeindepräsidenten eine Kampagne gegen die Staatsverdrossenheit lanciert. Das Ziel: Die Kontakte zwischen Bürger und Verwaltung optimieren und immer wieder zutage tretende Spannungen abbauen. Das Projekt des VZGV und des Gemeindepräsidentenverbandes trägt das Motto «Im Dienste aller».

Es ist durchaus möglich, dass die durch Verwaltungsratssitzungen zu stark vom Alltag absorbierten Ständeräte keine Zeit gefunden haben, sich mit der Basisarbeit der Gemeindeschreiber, Verwaltungsbeamten und Gemeindepräsidenten zu befassen, die dem Bürger täglich von Antlitz zu Antlitz gegenüberstehen. Das Motto «Im Dienste aller» – und nicht nur ihrer Gesellschaft – sollte einem Volksvertreter trotzdem einigermassen geläufig sein.